

Ressort: Technik

Grüne: Regierung muss entschlossen gegen "Feinde des Internets" vorge

Berlin, 12.03.2014, 11:33 Uhr

GDN - Die Grünen haben die Bundesregierung zu einem entschlossenen Vorgehen gegen die "Feinde des Internets" aufgerufen. Der stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Bundestag, Konstantin von Notz, sagte anlässlich der Veröffentlichung des Berichts "Feinde des Internets" durch die Nichtregierungsorganisation "Reporter ohne Grenzen" am heutigen Welttag gegen Internetzensur, dass die Aufnahme des US-Geheimdienstes NSA sowie des britischen Dienstes GCHQ "angesichts der durch Edward Snowden öffentlich gewordenen Praktiken der Dienste nur folgerichtig" sei.

"Die Dienste haben ein Eigenleben entwickelt, dass mit geltendem Menschenrecht sowie zentralen rechtsstaatlichen Standards nicht vereinbar ist. Sie überwachen unsere Kommunikation scheinbar lückenlos", sagte von Notz, der zugleich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) scharf attackierte. "Während Kanzlerin Merkel auf der CeBIT erneut die demokratisierende Wirkung des Internets lobpreist, hat sie gegenüber dem britischen Premier Cameron nicht den Mumm, die mit geltendem Menschenrecht nicht zu vereinbarende Praxis des britischen GCHQ mit nur einer Silbe zu erwähnen." Die Grünen forderten die Regierung erneut auf, "sich endlich entschlossen für die Einhaltung von geltendem Menschenrecht und den Schutz zentraler Grundrechte einzusetzen", so von Notz weiter. Die Bundesregierung dürfe sich nicht "zum Handlanger derjenigen machen, die die Axt an die Freiheit des Internets und unsere Grundrechte legen. Dies muss für Unrechtsregime wie für westliche Geheimdienste gelten." Der Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe, Christoph Strässer, betonte seinerseits, der Bericht von "Reporter ohne Grenzen" zeige, "dass Überwachung und Zensur zunehmen". "Der massive Einsatz von Überwachungsmechanismen in westlichen Staaten schadet der Glaubwürdigkeit unseres Eintretens für Demokratie und Menschenrechte nachhaltig", kritisierte Strässer. In ihrem Bericht "Feinde des Internets" benennt die Nichtregierungsorganisation weltweit 32 Behörden, die die freie Nutzung des Internets auf unterschiedliche Weise einschränken.

Bericht online:

<https://www.germailynews.com/bericht-31449/gruene-regierung-muss-entschlossen-gegen-feinde-des-internets-vorgehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com